

I. Vorlage

Beratungsfolge - Gremium	Termin	Status
Ausschuss für Jugendhilfe und Jugendangelegenheiten	20.11.2020	öffentlich - Kenntnisnahme

Runder Tisch Jugend – Rede- und Antragsrecht im Ausschuss für Jugendhilfe und Jugendangelegenheiten

Aktenzeichen / Geschäftszeichen	
Anlagen: Stellungnahme des Rechtsamtes FN Artikel vom 27.10.2020	

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und begrüßt die weitere Befassung mit dem Thema Jugendbeteiligung.

Sachverhalt:

In der Sitzung des Ausschusses für Jugendhilfe und Jugendangelegenheiten (AJJ) am 15.07.2020 wurde nachfolgende Protokollnotiz zu TOP 8 festgehalten (Beschluss-Nr. 8/2020)

„Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob Jugendlichen des Runden Tisches Jugend künftig ein Rederecht als „Sachverständige“ eingeräumt werden kann.“

Aus Sicht des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien ist ein Rederecht einzelner Mitglieder als Sachverständige zum Thema Jugendpolitik/Jugendbeteiligung sachlich begründbar, da die Struktur gefestigt und eine Kontinuität in der Aufgabenwahrnehmung zu erwarten ist. Das Rechtsamt stimmt dieser Auffassung in seiner rechtlichen Würdigung (siehe Anlage 1) sinngemäß zu.

Im Ältestenrat vom 05.10.2020 wurde darüber hinaus ein Antragstellungsrecht für die Akteure des Runden Tisches Jugend thematisiert. Da es sich beim Runden Tisch Jugend praktisch um eine Initiative und keine Rechtsperson oder ein demokratisch legitimiertes Gremium handelt, kommt das Rechtsamt zu der Auffassung, dass ein Antragsrecht nicht vorgesehen werden kann (siehe Anlage 1).

In diesem Zusammenhang wäre es aber denkbar, Anträge des Runden Tisches Jugend alternativ über den Stadtjugendring, als stimmberechtigtes und beratendes AJJ-Mitglied, in den Ausschuss zu geben. Dieser Auffassung hat sich auch das Rechtsamt angeschlossen (siehe Anlage 1)

Das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien kann jedoch nicht einschätzen, ob diese Vorschläge den Interessen des Runden Tisches Jugend entsprechen. Es hat Kenntnis davon, dass sich der Runde Tisch für ein institutionalisiertes und demokratisch legitimates Gremium einsetzt und einen Vorschlag für die Satzung eines Jugendparlamentes ausgearbeitet hat.

Grundsätzlich begrüßt Referat IV das jugendpolitische Engagement der jungen Fürtherinnen und Fürther und setzt sich dafür ein, dass das Thema Jugendbeteiligung weiter behandelt wird. Vorstellbar wäre ein Konzept, das an die Fürther Verhältnisse angepasst ist und das eine kontinuierliche und institutionalisierte Form der Jugendbeteiligung dauerhaft ermöglicht.

Finanzierung:

Finanzielle Auswirkungen		jährliche Folgekosten	
<input checked="" type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja
Gesamtkosten	€		€
Veranschlagung im Haushalt			
<input checked="" type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	Hst.	Budget-Nr.
		im	<input type="checkbox"/> Vwhh <input type="checkbox"/> Vmhh
wenn nein, Deckungsvorschlag:			

Auswirkungen auf die ökologische Zukunftsfähigkeit:

Bestehen Auswirkungen auf die ökologische Zukunftsfähigkeit?	
<input type="checkbox"/> Ja, siehe Anlage	<input checked="" type="checkbox"/> Nein

Beteiligungen

- II. BMPA / SD zur Versendung mit der Tagesordnung
- III. Beschluss zurück an **Amt für Kinder, Jugendliche und Familien**

Fürth, 05.11.2020

gez. Reichert

Unterschrift der Referentin bzw.
des Referenten

Amt für Kinder, Jugendliche und Familien Küppers, Jutta	Telefon: (0911) 974-1557
---	-----------------------------

Folgende Beratungsergebnisse sind vorhanden:

**Ergebnis aus der Sitzung: Ausschuss für Jugendhilfe und Jugendangelegenheiten am
20.11.2020**

Protokollnotiz:

Beschluss:

Beschluss: